

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses I vom 30. November 2020

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 419 von Herrn HILLIGSMANN (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zu radikalen Strukturen und Prävention von Radikalisierung**

Die Festnahme zweier Jugendlichen aus den Gemeinden Eupen und Kelmis am 31.10.2020 hat in Ostbelgien und darüber hinaus für viel Aufsehen gesorgt. Die zwei Jugendlichen stehen in Verdacht, einen Terroranschlag auf Polizeibeamte geplant zu haben. Die beiden sollen sich zur Terrororganisation Islamischer Staat bekannt haben. Solche Schlagzeilen schienen für viele in der DG unvorstellbar. Immerhin ist es der erste Vorfall dieser Art in unserer Gemeinschaft.

Auch wenn es sich bisher um einen Einzelfall handelt, und man sich davor hüten sollte dieses Ereignis über zu bewerten, verdient es unsere Aufmerksamkeit.

Daher lauten meine Fragen an Sie Herr Ministerpräsident,

- *Handelt es sich bei diesem Ereignis um einen Einzelfall, oder haben Sie Kenntnis über weitere Fälle von Radikalisierung in der DG?*
- *Falls ja, gibts es Erkenntnisse zu den Strukturen, über welche solche Radikalisierungen stattfinden?*
- *Gibt es, zum Beispiel an den Schulen, Bemühungen solchen Radikalisierungen vorzubeugen?*

- **Frage Nr. 420 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zum Gas-Projekt St. Vith 2022 – Arbeitsgespräch mit Minister Henry**

Zwischen dem wallonischen Minister für Klima, Energie und Mobilität, Philippe Henry und Ihnen, werter Herr Ministerpräsident, fand ein virtuelles Arbeitsgespräch statt. Eines der Gesprächsthemen behandelte – so laut BRF Bericht vom 25.11.2020 – das Thema des Gas-Projektes in St.Vith.

Ebenfalls war in der Pressemitteilung zu lesen, dass das Jahr 2022 als Startschuss gelten soll. Dies bestätigt nicht nur die bereits im Januar 2020 im Rahmen einer Pressekonferenz in St.Vith getätigten Aussagen der Verantwortlichen, sondern hebt auch den Willen der Wallonischen Region in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden vor Ort hervor, dieses ambitionierte Pilotprojekt auf die Beine zu stellen.

Wenn ich von Verantwortlichen spreche, dann meine ich vor allen Dingen die SPI, Fluxsys sowie Resa. Initiiert im Gebietskomitee der SPI für die deutschsprachigen Gemeinden im

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

Jahre 2015, stehen wir nunmehr vor dem Start eines noch nie realisierten Projektes der dezentralisierten Gasversorgung in Belgien.

Meine Fragen nun an Sie, werter Herr Ministerpräsident:

- *Welche definitiven Rückschlüsse können Sie aus dem Arbeitsgespräch mit ihrem Kollegen HENRY ziehen?*
- *Inwiefern wird die Möglichkeit der dezentralisierten Gasversorgung in die Planung der zukünftigen Infrastrukturprojekte der DG integriert?*

• **Frage Nr. 421 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zum Einzelhandel – Unterstützung der DG**

Wie der BRF am 10. November 2020 meldete, fand ein Treffen zwischen Ihnen und Vertretern von Gewerbevereinen aus Büllingen, Bütgenbach, St. Vith sowie Eupen und Kelmis statt. Nicht nur Geschäftsleute aus der Eifel, sondern auch aus dem Eupener Land waren somit vertreten, um ihren Sorgen und Existenznöten Gehör zu verschaffen. Angesichts des anstehenden Weihnachtsgeschäfts erhoffen sich die ostbelgischen Geschäftsleute, dass die Kunden sich ihre Einkäufe nicht im Ausland oder im Internet besorgen, sondern vielmehr auf die Wiederöffnung der lokalen Geschäfte warten.

Die Förderung des lokalen Einkaufs steht ganz oben auf der Wunschliste der Geschäftsleute – nicht nur Ansätze wie Werbung und Marketing, sondern auch das Thema der lokal einlösbaren Schecks kamen laut Berichterstattung zur Sprache.

Meine Fragen nun an Sie, werter Herr Ministerpräsident:

- *An welchen Lösungen wurden nun, rund 3 Wochen nach dem Gespräch, für die Stärkung des lokalen Einzelhandels gearbeitet?*
- *Welche Vorschläge können rasch umgesetzt werden?*

• **Frage Nr. 422 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur Orientierungsnote der beiden nationalen Minister für institutionelle Reformen**

Am 13. November stellten die beiden Minister für institutionelle Reformen ihre Orientierungsnote in der Kammer vor. Diese dient nicht zuletzt der Vorbereitung einer künftigen Staatsreform. Aus deren Inhalt geht außerdem hervor, dass in Erwartung dieser Staatsreform bereits intensivere und regionalspezifische Formen der Zusammenarbeit zwischen der föderalen Ebene und den Gliedstaaten beschlossen werden könnten, dies auch innerhalb von Zuständigkeitsbereichen, die schon derzeit teilweise von der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgeübt werden.

Demnach könnte die Ausübung bisher auf föderaler Ebene verbliebener Zuständigkeiten unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen Besonderheiten vereinbart werden. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die Beschäftigung und die Gesundheit als Beispielbereiche genannt, in denen eine derartige vertiefte und gezieltere Zusammenarbeit erfolgen könnte. Dies, um eine anschließende definitive Zuständigkeitsübertragung vorzubereiten.

Zudem sollen laut der beiden Minister für institutionelle Reformen auch verstärkt Elemente der Bürgerbeteiligung in diese Überlegungen einfließen.

Als DG wissen wir nur zu gut, wie wichtig es für uns als Teilstaat ist, uns frühzeitig mit bevorstehenden institutionellen Reformen in Belgien zu befassen. Hier heißt es, den Pfad der Tugend in Richtung eines Belgien zu viert konsequent weiter zu gehen. Nicht zuletzt gilt es an den jüngsten Resolution unseres Parlamentes zur Weiterentwicklung der belgischen Staatsreform festzuhalten.

Hauptziel der institutionellen Reformen sollte unseres Erachtens mehr denn je eine kohärente, pragmatische und verständliche Zuständigkeitsaufteilung sein, dies nicht zuletzt mit Blick auf die in der Corona-Krise gemachten Erfahrungen.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft den zuständigen Ministern bereits konkrete Forderungen zur Umsetzung der genannten PDG-Resolutionen zukommen lassen?*
- *Welche Möglichkeit der Bürgerbeteiligung in Ostbelgien sieht die Regierung in diesem Zusammenhang?*
- *Wird die Regierung aktiv auf die zuständigen Minister zugehen, um in den Bereichen Gesundheit und Beschäftigung stärker noch als heute auf die Besonderheiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, auch im Rahmen der föderalen Zuständigkeiten, einzugehen?*